

A N T R A G

Fraktion Freie Wähler

Gegenstand:

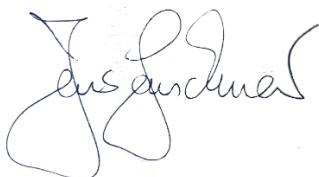
Berufsfeuerwehr Dresden - Schaffung dringend benötigter Stellen

Beschlussvorschlag:

Hiermit beantragt die Fraktion Freie Wähler Dresden den Verhandlungsgegenstand „Berufsfeuerwehr Dresden - Schaffung dringend benötigter Stellen" gemäß § 36 Absatz 5 Satz 1 Sächs-GemO auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Stadtrates zu setzen.

Begründung:

In zwei aktuellen Beschlusskontrollen zum Rettungsdienstbereichsplan 2020 - 2026 für den Rettungsdienstbereich der Landeshauptstadt Dresden und zum Brandschutzbedarfsplan der Landeshauptstadt Dresden ist von Personalmangel bei der Berufsfeuerwehr zu lesen. Infolge dieses Personalmangels kam und kommt es zur verzögerte Übernahme von Rettungsmitteln durch die Berufsfeuerwehr und zu Einschränkungen bei der Arbeit der Integrierten Rettungsleitstelle, die nicht nur für die LH Dresden, sondern auch für die Landkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Meißen zuständig ist. Die Integrierte Regionalleitstelle Dresden ist damit die erste Anlaufstelle für Hilfeersuchen von etwa 1,1 Millionen Bürgern. In der Dresdner Leitstelle gehen alle Notrufe 112 für die Feuerwehr und Notfallrettung sowie Anforderungen des Krankentransportes und des Kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes ein. Es ist von absolut zentraler Bedeutung, dass diese Leitstelle jederzeit zu 100% einsatzbereit ist, da davon unmittelbar das Leben von Menschen abhängt. In der BK vom 25. Januar 2021 ist jedoch zu lesen: „Das Ziel, 95 Prozent aller Notrufe innerhalb von 15 Sekunden anzunehmen, kann derzeit nicht gehalten werden. Die aktuellen Zahlen liegen lediglich bei 90 Prozent und haben sich gegen Ende des Jahres 2020 verschlechtert. Das ist maßgebend auf das erhöhte Infektionsgeschehen im Rahmen der Coronapandemie zurück zu führen.“ Eine ähnliche Aussage findet sich bereits in der vorhergehenden Beschlusskontrolle vom Juni 2019. Das Problem ist demnach seit mindestens 1,5 Jahren bekannt. In beiden Beschlusskontrollen ist die Rede von einem möglichen Organisationsverschulden. Dieses muss dringend abgewendet werden. Offenbar ist das bekannte Problem innerhalb der Verwaltung bisher nicht gelöst worden, so dass es eines Beschlusses des Stadtrates bedarf, um eine zeitnahe Klärung zu erreichen.



Jens Genschmar
Fraktionsvorsitzender